

Stand: 08.07.2025 10:35:52

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/18995

"Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter - jetzt die Weichen für 2026 richtigstellen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/18995 vom 17.11.2021
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/19850 des SO vom 02.12.2021
3. Beschluss des Plenums 18/19996 vom 02.02.2022
4. Plenarprotokoll Nr. 103 vom 02.02.2022



Antrag

der Abgeordneten **Doris Rauscher, Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Diana Stachowitz, Michael Busch, Christian Flisek, Ruth Waldmann, Florian von Brunn, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Martina Fehlner, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Arif Tasdelen SPD**

Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter – jetzt die Weichen für 2026 richtig stellen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag schriftlich und im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie mündlich darüber zu berichten, wie ganztägige Bildungs- und Betreuungsangebote so ausgebaut werden sollen, dass der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter ab dem Jahr 2026 (Schuljahr 2026/2027) im Freistaat erfüllt werden kann.

Folgende Punkte sollen dabei im Besonderen berücksichtigt werden:

- Bedarfsplanung und geschätzte Ausbau- und Betriebskosten
- Finanzierungsplan und Verwendung der Gelder des Ganztagsfinanzhilfegesetzes (GaFinHG) sowie der durch die Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern vom 29. Dezember 2021 bereits zur Verfügung gestellten 116.736.825 Euro
- Weitere seitens der Staatsregierung geplante Förderprogramme zur Unterstützung der Kommunen
- Kriterien, die Betreuungsangebote erfüllen müssen, um dem Rechtsanspruch gerecht zu werden
- Geplante Gewichtung verschiedener Betreuungsformen und geplanter Ausbau dieser
- Personalbedarf und Qualifikation, Maßnahmen zur Personalgewinnung
- Empfehlungen an Kommunen (Richtlinien, Planungssicherheit)
- Benötigte Räumlichkeiten – Bauvorhaben
- Geplante Möglichkeiten, ortsübergreifende „Verbünde“ zu schaffen
- Rolle der Ferienbetreuung

Begründung:

Zum 11. Oktober 2021 ist das Gesetz zur ganztägigen Förderung von Kindern im Grundschulalter (Ganztagsförderungsgesetz – GaFöG) in Kraft getreten, welches einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter (schrittweise) ab dem Jahr 2026 vorsieht. So sollen ab August 2026 zunächst alle Kinder der ersten Klassenstufe einen Anspruch haben, ganztägig gefördert zu werden, welcher dann in

den Folgejahren um je eine Klassenstufe ausgeweitet werden soll, damit ab August 2029 jedes Grundschulkind der Klassenstufen 1 bis 4 einen Anspruch auf ganztägige Betreuung hat. Ziel ist es somit bis 2029 jene Betreuungslücke zu schließen, die nach der Kita für viele Familien entsteht, sobald die Kinder eingeschult werden.

Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder wird im Sozialgesetzbuch – Achtes Buch (SGB VIII) geregelt und sieht einen Betreuungsumfang von acht Stunden an allen fünf Werktagen vor. Die Unterrichtszeit wird angerechnet. Der Rechtsanspruch soll auch in den Ferien gelten, dabei können Länder eine Schließzeit bis maximal vier Wochen regeln. Für den Ausbau haben sich Bund und Länder drauf geeinigt, auf Flexibilität zu achten, bedarfsgerecht vorzugehen und die Vielfalt der in den Ländern und Kommunen bestehenden Betreuungsmöglichkeiten der Kinder- und Jugendhilfe sowie der schulischen Angebote zu berücksichtigen.

Nach einer Studie des Deutschen Jugendinstituts e. V. und der Technischen Universität Dortmund haben bislang 38 Prozent der Eltern im Freistaat einen Platz in einer Ganztagsbetreuung für ihre Kinder im Grundschulalter, allerdings liegt der Bedarf bereits jetzt bei 54 Prozent. Laut Schriftlicher Anfrage „Ganztag in Bayern“ (Drs. 18/16104) besuchen von den insgesamt 450 000 Schülerinnen und Schülern in Bayern (Schuljahr 2021/2022): 91 695 Schülerinnen und Schüler einen Hort o. ä., 2 086 ein kooperatives Ganztags-Angebot, 43 110 eine offene Ganztagsgrundschule, 27 379 eine gebundene Ganztagsgrundschule, 36 152 eine Mittagsbetreuung sowie 41 671 eine verlängerte Mittagsbetreuung.

Offen ist aber, inwieweit die jeweiligen Angebote angepasst/erweitert werden müssen bzw. sollen, damit sie dem Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung (8 Stunden pro Tag/5 Tage die Woche) gerecht werden. Nach derzeitigem Stand würden nur der Hort sowie die kooperativen Ganztagsangebote die Kriterien des Rechtsanspruchs erfüllen, da bei allen weiteren Betreuungsangeboten die Ferienzeiten und im Falle der Mittagsbetreuung auch das nötige Fachpersonal fehlen.

Expertinnen und Experten gehen davon aus, dass in Bayern bis 2030 zwischen 108 000 und 136 000 Plätze zusätzlich geschaffen werden müssen. Der geschätzte Personalbedarf liegt bei 4 100 bis 7 800 zusätzlichen Vollzeitstellen.

Der Bund unterstützt die Länder beim Ausbau mit 3,5 Mrd. Euro. 116.736.825 Euro wurden dem Freistaat bereits über eine Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern vom 29. Dezember 2020 zur Verfügung gestellt, weitere 311.214.400 Euro, die über das Gesetz über Finanzhilfen des Bundes zum Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter (Ganztagsfinanzhilfegesetz – GaFinHG) zur Verfügung gestellt werden, sollen folgen.

Unbestritten ist somit, dass die Weichen für 2026 auf Landesebene bereits jetzt gestellt werden müssen, um den Kommunen die notwendige Planungssicherheit zu ermöglichen. Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, dem Landtag schriftlich und im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie mündlich darüber zu berichten, wie entsprechende Bildungs- und Betreuungsangebote zur Erfüllung des Rechtsanspruchs ausgebaut werden sollen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

**Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr
u.a. SPD
Drs. 18/18995**

**Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter – jetzt
die Weichen für 2026 richtigstellen**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatlerin: **Doris Rauscher**
Mitberichterstatlerin: **Sylvia Stierstorfer**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 55. Sitzung am 2. Dezember 2021 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Zustimmung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - AfD: Zustimmung
 - SPD: Zustimmung
 - FDP: kein VotumZustimmung empfohlen.

Doris Rauscher
Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Doris Rauscher, Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Diana Stachowitz, Michael Busch, Christian Flisek, Ruth Waldmann, Florian von Brunn, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Martina Fehlner, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Arif Taşdelen SPD**
Drs. 18/18995, 18/19850

Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter – jetzt die Weichen für 2026 richtigstellen

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag schriftlich und im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie mündlich darüber zu berichten, wie ganztägige Bildungs- und Betreuungsangebote so ausgebaut werden sollen, dass der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter ab dem Jahr 2026 (Schuljahr 2026/2027) im Freistaat erfüllt werden kann.

Folgende Punkte sollen dabei im Besonderen berücksichtigt werden:

- Bedarfsplanung und geschätzte Ausbau- und Betriebskosten
- Finanzierungsplan und Verwendung der Gelder des Ganztagsfinanzhilfegesetzes (GaFinHG) sowie der durch die Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern vom 29. Dezember 2021 bereits zur Verfügung gestellten 116.736.825 Euro
- weitere seitens der Staatsregierung geplante Förderprogramme zur Unterstützung der Kommunen
- Kriterien, die Betreuungsangebote erfüllen müssen, um dem Rechtsanspruch gerecht zu werden
- geplante Gewichtung verschiedener Betreuungsformen und geplanter Ausbau dieser
- Personalbedarf und Qualifikation, Maßnahmen zur Personalgewinnung
- Empfehlungen an Kommunen (Richtlinien, Planungssicherheit)
- benötigte Räumlichkeiten – Bauvorhaben
- geplante Möglichkeiten, ortsübergreifende „Verbünde“ zu schaffen
- Rolle der Ferienbetreuung

Die Präsidentin

I.V.

Markus Rinderspacher

V. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten, Europaangelegenheiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der AfD, der SPD und der FDP. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der
Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden
Verfassungsstreitigkeiten, Europaangelegenheiten und
Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
 oder
 Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
 Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

- Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 8. Dezember 2021 (Vf. 65-VII-21) betreffend
 Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
 der §§ 3, 4 Abs. 1 und 4, § 5 der Fünfzehnten Bayerischen
 Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (15. BayIfSMV) vom 23.
 November 2021 (BayMBI. Nr. 816, BayRS 2126-1-19-G)

PII - G1310.21-0026

Drs. 18/19889 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☐	☒	☐	☐	☒

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 29. November 2021 (Vf. 58-VII-21) betreffend

Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit

1. der § 17 Satz 2 Nr. 2 a und § 17 a Abs. 1 Satz 2 der Vierzehnten Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (14. BayIfSMV) vom 1. September 2021 (BayMBI. Nr. 615, BayRS 2126-1-18-G), die zuletzt durch Verordnung vom 15. November 2021 (BayMBI. Nr. 796) geändert worden ist,
2. der §§ 3 bis 5 der Fünfzehnten Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (15. BayIfSMV) vom 23. November 2021 (BayMBI. Nr. 816, BayRS 2126-1-19-G)

PII-G1310.21-0025

Drs. 18/19890 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒	☒	☒

Europaangelegenheiten

3. Antrag der Abgeordneten Dr. Martin Huber, Alexander König, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Subsidiarität
Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung
COM(2021) 731 final
BR-Drs. 826/21
Drs. 18/19863, 18/19929 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒ ENTH	☒	☒	☒ ENTH	☒

4. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Binnenmarkt, Justiz und Grundrechte
 Zivilrechtliche Haftung – Anpassung der Haftungsregeln an das digitale Zeitalter und an die Entwicklungen im Bereich der künstlichen Intelligenz
 18.10.2021 - 10.01.2022
 Drs. 18/18919, 18/19934 (ENTH) [X]

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/19934 veröffentlichte Stellungnahme ab.
 Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒	☒ ENTH	☒

5. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Wirtschaft, Finanzen und Euro
 Überprüfung des EU-Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung
 19.10.2021 - 31.12.2021
 Drs. 18/19377, 18/19932 (G) (ENTH) [X]

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/19932 veröffentlichte Stellungnahme ab.
 Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒ A	☒	☒ ENTH	☒ A	☒ ENTH

6. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Bank- und Finanzdienstleistungen
 Rechtsakt zur Börsennotierung – Attraktivere öffentliche Kapitalmärkte
 für EU-Unternehmen und leichter Kapitalzugang für KMU
 19.11.2021 - 11.02.2022
 Drs. 18/19378, 18/19933 (ENTH) [X]

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
 Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/19933
 veröffentlichte Stellungnahme ab.
 Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die
 Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss
 der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒ ENTH	☒	☒	☒	☒

Anträge

7. Antrag der Abgeordneten Inge Aures,
 Klaus Adelt, Florian Ritter u.a. SPD
 Jobrad auch für Beamtinnen und Beamte ermöglichen
 Drs. 18/14877, 18/19892 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒ A	☒	☒ A	☒ A	☒	☒ A

8. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt,
 Florian Ritter, Inge Aures u.a. SPD
 Öffentlicher Raum für alle: Kommunen mehr Entscheidungsspielraum
 bei Preisgestaltung für Bewohnerparkausweise ermöglichen
 Drs. 18/15225, 18/19790 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒ A	☒	☒ A	☒ A	☒	☒ A

9. Antrag der Abgeordneten Inge Aures,
Klaus Adelt, Horst Arnold u.a. SPD
Mehr wissenschaftliche Expertise:
Auch Bayern braucht eine Radprofessur
Drs. 18/17699, 18/19791 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

10. Antrag der Abgeordneten Inge Aures,
Klaus Adelt, Horst Arnold u.a. SPD
Verkehrswende vorantreiben: Modellprojekt autofreie Innenstadt
Drs. 18/17709, 18/19792 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

11. Antrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Prof. Dr. Ingo Hahn AfD
Bayerische Wälder schützen –
Feststellung fehlender Ausgleichsfläche in Allersberg
Drs. 18/18099, 18/19793 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☒	☐	☐

12. Antrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Prof. Dr. Ingo Hahn AfD
Bayerische Wälder schützen – Standorte des geplanten ICE-Werks
Nürnberg für ungeeignet erklären
Drs. 18/18100, 18/19794 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☒	☐	☐

20. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn,
Ruth Müller, Annette Karl u.a. SPD
Eintrag von Trifluoressigsäure in bayerische Gewässer reduzieren!
Drs. 18/18377, 18/19775 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☒	☒	☒

21. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes,
Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Bayerische Unternehmen entlasten:
Lieferkettengesetze mit Positiv- und Negativlistenansatz ersetzen
Drs. 18/18479, 18/19786 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☒	☐	☐

22. Antrag der Abgeordneten Annette Karl,
Michael Busch, Ruth Müller u.a. SPD
Finanzmittel für den Digitalbonus aufstocken
Drs. 18/18481, 18/19774 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☒

[illegible]

- [illegible]

- | CSU | GRÜ | FREIE
WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|-----|------|-----------------|-----|-----|-----|
| A | ENTH | A | A | Z | A |

26. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Bächler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Landtag über die jährliche Fortschreibung der Programme zur Förderung des kommunalen Straßen- und ÖPNV-Ausbaus informieren
Drs. 18/18507, 18/19798 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

[illegible]

27. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Pflegepotenzial-Monitoring in Bayern etablieren
Drs. 18/18673, 18/19799 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	ohne

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

28. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Annette Karl u.a. SPD Ressourcenschutz I – Reparieren statt wegwerfen: Reparaturbonus für Elektrogeräte
Drs. 18/18698, 18/19886 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

29. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Annette Karl u.a. SPD
Ressourcenschutz II – Reparatur einfach gestalten:
eine Plattform für alle Anliegen
Drs. 18/18699, 18/19562 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

30. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Annette Karl u.a. SPD
Ressourcenschutz III – Mehr Einsatz für Ressourcenschutz
auf allen politischen Ebenen
Drs. 18/18700, 18/19776 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐ ENTH

31. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Handlungsmöglichkeiten in Bayern jetzt ausschöpfen –
Steuerung der pflegerischen Infrastruktur vor Ort stärken
Drs. 18/18713, 18/19801 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☐	☒	☒

32. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Handlungsmöglichkeiten in Bayern jetzt ausschöpfen –
Pflegerberufe stärken für eine zukunftsfähige Gesundheitsversorgung
Drs. 18/18714, 18/19800 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☐ ENTH	☐ ohne	☒

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde zu legen.

33. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart, Christian Klingen u.a. und Fraktion (AfD)
Entwicklung des Düngemittel-Markts in Bayern
Drs. 18/18731, 18/19733 (E)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

34. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kontrolle der Ausgleichs- und Ersatzflächen gemäß Bundesnaturschutzgesetz, Bayerischem Naturschutzgesetz und Baugesetzbuch
Drs. 18/18734, 18/19869 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

[illegible]

35. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Huber, Petra Guttenberger, Dr. Ute Eiling-Hütig u.a. CSU Konzept „Bayern gegen Gewalt“ zielgruppenspezifisch und bedarfsgerecht weiterentwickeln
Drs. 18/18745, 18/19848 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒	☒	☐ ohne

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde zu legen.

36. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ralf Stadler, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Umwelt und Kulturlandschaft schützen – Atomausstieg verhindern!
Drs. 18/18766, 18/19784 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

37. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Lieferketten und Lebensmittelversorgung aufrechterhalten – Versorgung der Wirtschaft mit Ammoniak zur Harnstoff- und Düngemittelproduktion sicherstellen
Drs. 18/18828, 18/19785 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐ A	☐ A	☐ A	☒	☐ A	☐ ohne

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

38. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hans Urban u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Wie geht's der Gams in Bayern? – Regelmäßige Berichterstattung zur Gamsforschung in den bayerischen Alpen
Drs. 18/18933, 18/19751 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP

39. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hans Urban u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Walchenseekraftwerk: Bericht zu Heimfall
Drs. 18/18934, 18/19887 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

40. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayerische Schweine im Auslauf – Ergebnisse des
Sonderforschungsprojekts vorstellen, Empfehlungen umsetzen
und Rechtssicherheit schaffen
Drs. 18/18935, 18/19752 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☒

41. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hans Urban u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kulturlandschaftsprogramm 2023:
Ganze Vielfalt der Agroforstwirtschaft fördern
Drs. 18/18936, 18/19772 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

42. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Annette Karl u.a. SPD
Mode für den Müll ist nicht schick – für nachhaltigere Lösungen
statt „Fast Fashion“ in der Textilbranche
Drs. 18/18973, 18/19779 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☒

43. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Martina Fehlner, Annette Karl u.a. SPD
Tierschutz in der Landwirtschaft ernst nehmen –
Brände in Ställen endlich erfassen!
Drs. 18/18977, 18/19753 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐ ENTH

44. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Martina Fehlner, Annette Karl u.a. SPD
Zustand des Gamsbestands
Drs. 18/18978, 18/19754 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐ ENTH	☒	☒

45. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Christian Klingen u.a. und Fraktion (AfD)
Behindertenhilfe nicht im Stich lassen – Förderungen sicherstellen
Drs. 18/18982, 18/19849 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☒	☐	☐ ohne

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

46. Antrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Ralf Stadler, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
Direktvermarktung stärken: Effektive Maßnahmen zur Existenzsicherung landwirtschaftlicher Betriebe in Zeiten von Corona ergreifen
Drs. 18/18988, 18/19755 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☒	☐ ohne	☐

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

47. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
Forderungen des Umweltbundesamts auf den Prüfstand stellen: Jetzt eine Folgenabschätzung für die Landwirtschaft auf den Weg bringen
Drs. 18/18991, 18/19756 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☒	☐	☐

48. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter –
jetzt die Weichen für 2026 richtigstellen
Drs. 18/18995, 18/19850 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒	☒	☐ ohne

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde zu legen.

49. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Klingen, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
Pariser Klimaabkommen aufkündigen – Zukunft sichern!
Drs. 18/18996, 18/19782 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

50. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Dr. Ute Eiling-Hütig, Thomas Huber u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Weibliche Genitalverstümmelung
Drs. 18/18999, 18/19851 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒	☒	☐ ohne

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde zu legen.

